

Blaue Post

NR. 11

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION SACHSEN

KOSTENLOS



Aus dem Inhalt

- Seite 3
Im Tod sind nicht alle gleich
- Seite 4
W wie Werte
- Seite 6
CDU ist „Copy&Paste“-Weltmeister!
- Seite 7
Sächsische Handwerkskammer
- Seite 8
Der Blaue Brief

Neue AfD-Fraktion: Effizienter und demokratischer!

Nach dem fluchtähnlichen und moralisch verwerflichen Abgang der bisherigen AfD-Fraktionsvorsitzenden und vier weiteren Abgeordneten hatte die nun neunköpfige AfD-Fraktion nur wenig Zeit, sich neu zu ordnen, um die bisher erfolgreiche Arbeit als einzig wahrnehmbare Oppositions-Fraktion weiterzuführen. Fachsprecher-Funktionen mussten neu verteilt werden, genauso wie die Mitarbeit in Ausschüssen und Arbeitskreisen und die Aufteilung der Landtagsbüros. Kurzum: Es ist gelungen. Zum neuen Fraktionsvorsitzenden wurde MdL Jörg Urban gewählt. Der neue parlamentarische Geschäftsführer ist nun MdL André Barth. Als weitere Fraktionsvorstandsmitglieder wurden Carsten Hütter und André Wendt gewählt.

Ich kann nicht ganz ohne Stolz sagen, dass wir nun wieder volle Fahrt in unserer Arbeit aufgenommen haben. Anträge, wie die Einsetzung einer Enquete-Kommission für den ländlichen Raum und die Erstellung einer sogenannten Dunkelfeldstudie zum Ausmaß der wahren Kriminalitätszahlen im



MdL Jörg Urban

Freistaat, wurden eingebracht und Pressekonferenzen auch zu weiteren Fraktions-themen im Sächsischen Landtag durchgeführt, um über unsere Inhalte und Positionierungen zu informieren. Ein Stückweit Erleichterung herrscht in der gesamten Fraktion ob des neuen demokratischeren Umgangstones miteinander. Wir binden mehr Fraktionsmitglieder und -mitarbeiter in Entscheidungsprozesse ein und verteilen Verantwortung auf mehreren Schultern. Die Zeit der stellenweise dogmatischen Einzelentscheidungen ist genauso vorbei, wie der teils herrische Umgangston.

Sachsens Bürger haben die AfD mit 27 Prozent zur stärksten politischen Kraft gemacht. Darauf sind wir als Fraktion sehr stolz. Zugleich wissen wir allerdings auch, dass diese Wähler – und natürlich auch andere Bürger – genau hinschauen, wie die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag arbeitet.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Unser thematisches Augenmerk wird sich verstärkt auf landespolitische Themen richten – nicht zuletzt wegen der Tatsache, dass nun bundesweit relevante Themen direkt im Bundestag durch die dortige Fraktion „beackert“ werden.

Zu tun gibt es einiges: es herrschen Bildungs- und Lehrernotstand in Sachsen. Die innere Sicherheit ist gefährdet, weil Polizisten fehlen und in ländlichen Regionen beinahe überhaupt nicht mehr präsent sind. Die übervollen Gefängnisse haben nicht genug Personal und der ländliche Raum leidet unter Ärzte-Mangel, Firmenabwanderungen, Schulschließungen, Infrastrukturmängel und dem Wegbrechen kultureller Angebote. Verursacht wurden diese Zustände unter Verantwortung der Regierungspartei CDU mit ihren wechselnden Koalitionspartnern FDP und SPD.

Nun gilt es, die praktizierte Blockadepolitik der Altparteien aufzubrechen. Das gelingt Stück für Stück. Die AfD-Fraktion treibt vor allem die CDU mit immer neuen und wichtigen Themen vor sich her.

In der von der Fraktion produzierten Broschüre „Ideenklau im Sächsischen Landtag“ sind viele Themen aufgezählt, die die AfD eingebracht hat und die von allen anderen Parteien abgelehnt wurden, um sie noch innerhalb der Schamfrist als eigene Erfindung – nur wenig umformuliert – selbst einzubringen. Als Beispiele seien hier das von uns geforderte Verschleierungsverbot, die direkte Demokratie, das Landessehlfesetz, mehr Lehrer-, Polizei- und Richterstellen, der Erhalt der Braunkohle und die gezielte Wolfsentnahme genannt.

Ich verspreche Ihnen und Euch, dass wir die nächsten Monate weiter Gas geben und nicht nachlassen werden, unserer politischen Verantwortung dem Wähler gegenüber gerecht zu werden. Sie können sich jederzeit auf unserer Homepage

afd-fraktion-sachsen.de

und auf unserer Facebook-Seite

**[www.facebook.com/
AfD.Fraktion.Sachsen](https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen)**

über unsere aktuellen Aktivitäten informieren.
MdL Jörg Urban



AFD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

Jetzt müssen Sie uns mitnehmen!

Vom 14. bis 23. November reiste ich als AfD-Fraktionsmitglied mit einer Delegation der Staatsregierung und vielen Journalisten nach China. Deutschland und die Volksrepublik pflegen seit 45 Jahren diplomatische Beziehungen. China steht bei den sächsischen Exporten auf Platz eins und ist damit unser größter Außenhandelspartner. Sachsen und die Provinz Hubei haben seit zehn Jahren eine Regionalpartnerschaft. Ein Termin jagte auf dieser Reise den nächsten – es war alles andere als ein erholsamer Ausflug. Was mir allerdings viel wichtiger ist: Freiwillig hat niemand von der Regierung der AfD-Fraktion einen Platz im Flieger angeboten. Die Staatsregierung ist verpflichtet, auch Vertreter der Opposition mitzunehmen. Die AfD ist eine erfolgreiche aufstrebende Partei und überflügelte zur Bundestagswahl im September die CDU in der Wählergunst. Nun können sie uns nicht mehr wie bisher ignorieren. Wir sind unter ihnen und treiben sie vor uns her. Nun müssen sie uns mitnehmen. Auch, wenn sie es eigentlich nicht wollen und in China sicher lieber unter ihresgleichen geblieben wären!

MdL André Barth



MdL André Barth



3. v. l.: MdL André Barth

Im Tod sind nicht alle gleich



MdB Detlev Spangenberg

An die Ermordung von Marwa el-Sherbini, einer damals im Dresdner Landgericht als Zeugin geladenen Ägypterin, erinnert eine Gedenktafel. Seit acht Jahren wird dem Todestags der jungen Frau jährlich mit Blumen gedacht.

Nun der Fall der vergewaltigten und getöteten Medizinstudentin Maria Ladenburger aus Freiburg, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagierte. Ein Jahr nach dem Verbrechen steht nun der Täter vor Gericht: Hussein Khavari, gebürtiger Afghane, der als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling in Deutschland lebte, aber zur Tatzeit schon über 20 Jahre alt war! Wie immer liegt der Fokus auf dem Täter. Zum Opfer liest man kaum noch etwas. Die Getötete wird nur noch als „die Studentin“ bezeichnet. Ihr Name, ihr Gesicht, das Leid ihrer Eltern: all das ist nicht erwähnenswert.

Am 19. 12. 2017 jährt sich der Todestag für die Opfer des Weihnachtsmarktanschlags in Berlin. Auch hier ein ähnliches Bild: die Namen wurden in den deutschen Medien sogar ganz verschwiegen, während im ganzen Land der Name und das Gesicht des Mörders Anis Amri bekannt ist. Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert waren die Namen der Opfer bei der Gedenkfeier am 19. 01. 2017 nicht erwähnenswert.

Im Fall Tuğçe Albayrak wurde das Gewalt-Opfer posthum für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen. Als das abgelehnt

wurde, beriet man darüber, nach ihr eine Brücke oder Straße zu benennen.

Im März 2013 wird im niedersächsischen Kirchweyhe der 25-jährige Daniel S. von sieben Türken zu Tode geprügelt und getreten; sein Gehirn wurde ihm in einer Gewaltorgie regelrecht zermatscht. Der SPD-Bürgermeister und der Stadtrat verboten eine Trauermahnwache zu seinem Andenken. Stattdessen ruft der Bürgermeister seinerseits mit einem „Runden Tisch gegen RECHTS“ zu einer Mahnwache auf – gegen RECHTS und für Toleranz.

Werden deutsche Bürger beschuldigt, sich Ausländern gegenüber kriminell verhalten zu haben, ist gleich eine ganze Reihe Betroffener aus Medien und Politik zur Stelle – seien die Beschuldigungen noch so fadenscheinig. Man denke an den Fall in Sebnitz, wo eine Kleinstadt zur Pilgerstätte für den Betroffenenkult wurde. Um eine Tat, die es so wenig gab wie die angeblichen deutschen Täter. Eine Entschuldigung oder Klarstellung im Nachhinein erwartete man vergebens. Die Fälle stehen stellvertretend für unzählige weitere.

Ist es Zufall, dass nichtdeutsche Opfer besonders geehrt oder öffentlich betrauert werden? Sind in Deutschland nicht alle Opfer gleichwertig zu beklagen und alle Gewalttaten zu verurteilen? Die Tatsachen lassen Zweifel aufkommen: deutsche Gewaltopfer ausländischer Täter sind offenbar Opfer zweiter Klasse.

MdB Detlev Spangenberg



Gefährliche Gefährderzahlen?



MdL Carsten Hütter

Vertreter der Altparteien, wie Ralf Stegner und Co., wollten die AfD in den Parlamenten „entlarven“. Man müsse die Populisten „stellen und vorführen“, hieß es immer wieder.

Passiert ist genau das Gegenteil. Mit jedem Landesparlament, in das die AfD einzog, konnte diese mit Anfragen und Anträgen den Altparteien richtig „auf den Zahn fühlen“, so auch in Sachsen. Häufig versuchen die Minister jedoch, sich um eine klare Antwort herumzudrücken. Die Regierung fürchtet die öffentliche Bestätigung der AfD-Kritikpunkte wie der Teufel das Weihwasser. Das ist insbesondere bei dem Thema „Innere Sicherheit“ der Fall – vorgeblich ein „Leib- und Magen-Thema“ der CDU. Schon lange vor den geplanten oder ausgeführten Taten von Islamisten wie Al-Bakr in Sachsen oder Anis Amri in Berlin, der dort innerhalb kürzester Zeit 12 Menschen tötete, warnte auch meine Fraktion im Sächsischen Landtag beispielsweise vor den anstehenden Gefahren.

Selbstverständlich stößt es den Gegnern der AfD auf, wenn sich die bitteren Prognosen (leider) bewahrheiten und selbstverständlich hat die Regierung kein Interesse daran, Gefährdungslagen, die sie selbst mitverursacht hat, transparent offenzulegen.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Vorgeschoben heißt es oft, man wolle keine Ängste schüren und der Sicherheitsapparat sei sonst gefährdet.

Mit letztem Hinweis wollte der sächsische Innenminister Markus Ulbig meine Kleinen Anfragen zu Gefährdern (Drs. 6/10120, 6/10396 und 6/10792) nicht umfassend beantworten. Ich wollte die Zahl der Gefährder in Sachsen konkretisiert haben (angegeben werden nur die „Größenordnungen“ 0-9 und 10-39). Meine Frage wurde nicht beantwortet; mit dem Argument, dass durch eine Konkretisierung die „Gefahr der Beeinträchtigung der Sicherheitsinteressen des Freistaates Sachsen“ bestünde.

Selbstverständlich habe ich es mir nicht nehmen lassen, nachzubooren, inwiefern eine Fragebeantwortung die Sicherheit Sachsens beeinträchtigen würde. Zumal ich nicht einmal nach exakten Zahlen gefragt habe, sondern nur nach einer etwas genaueren Eingrenzung.

Hintergrund meiner Frage war die auffällige Veränderung bei den Zahlen der islamistischen Gefährder: seit Sommer 2017 werden 10-39 Personen in Sachsen so eingestuft. In den Jahren zuvor wurde die Anzahl mit 0-9 angegeben, so wie es bei allen anderen Gefährdern (Links/Rechts/Ausländerideologie) auch noch aktuell der Fall ist. Nun macht es für die Vergleichbarkeit aber einen großen Unterschied, ob man über 0 oder 9 bzw. über 10 oder 39 Gefährder redet. Egal. Wenn die AfD unbequeme Fragen stellt, ist sich die Regierung keiner Antwort zu schade.

Dementsprechend ist mir buchstäblich die Lesebrille von der Nase gefallen, als ich am 14. 11. 2017 in der Leipziger Volkszeitung las, dass der Generalstaatsanwalt Hans Strobl die Zahl der in Sachsen eingestuften Gefährder konkret mit der Zahl 12 benannt hat. Damit ergibt sich nun der Rückschluss, dass es in Sachsen 10 bis 12 islamistische Gefährder gibt, in den anderen drei Bereichen zusammen 0 bis 2. Eine Angabe, die präziser war, als ich sie mir je erträumt hätte.

Ich habe umgehend eine neue Anfrage an den Innenminister gestellt: „Welche Gefahr für Sachsen ist mit der Offenlegung der Zahlen nunmehr eingetreten“? Die korrekte Antwort von ihm müsste wohl lauten: „Leider hat sich die Gefahr des gut informierten Bürgers realisiert – weitere Wahlverluste bei der CDU und SPD sind zu befürchten“.

MdL Carsten Hütter

W wie Werte



MdL Karin Wilke

Die verflissene Kultusministerin Sachsens wurde nicht für ihre Leistungen berühmt, sondern für den Spruch „Kompetenzen statt Fakten“. Nicht die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten sei der künftige Leitfaden sächsischer Schulpolitik, sondern die Kompetenz, demokratisch lernen zu lernen. „Sozialmoralisch“, versteht sich. Damit diese Bulimie-Pädagogik auch durchgesetzt werden kann, gibt es das Papier „W wie Werte“ – das Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Schulentwicklung und politischen Bildung an sächsischen Schulen.

Ist dieses Papier hilfreich? Ja und Nein.

Ja, wenn wir die vielen guten Worte wie Demokratie, Grundrechte, Toleranz und Zivilität zum Nennwert nehmen. Nein, wenn wir uns die Erfahrungen aus den verschiedensten Diktaturen auf deutschem Boden ins Gedächtnis rufen.

Immer, wenn große Worte und Werte inflationär gebraucht werden, war und wurde das Gegenteil Realität.

Die Deutsche Demokratische Republik war schon in ihrer Namensgebung ein absichtlicher Versuch, das Volk hinter die Fichte zu führen. Nicht ganz so plump, jedoch ähnlich operiert das Handlungskonzept „W wie Werte“.

Es geht nicht darum, das Denkbare zu erproben und Differenzen auszuhalten, um

qualitative Entscheidungsprozesse wirksam werden zu lassen. Es geht um einen hermetischen Zaun, um Mauern, um die richtigen Werte zu bauen. Sehr deutlich brachte dies Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seinem Antrittsbesuch in Dunkeldeutschland zum Ausdruck. Steinmeier hat die Menschen aufgefordert, sich gegen rechtsextremistische Tendenzen zur Wehr zu setzen. „Harter Rechtsextremismus, wie er uns begegnet, wenn zum Beispiel Nazi-Ideologie wieder hochgeholt oder eine ‚Neue Rechte‘ beschworen wird, muss alle Demokraten auf den Plan rufen“, sagte Steinmeier in Dresden. „Da kann man nicht schulterzuckend daneben stehen und einfach nur zusehen.“

Genau das ist auch das übergeordnete Lernziel der sächsischen Kultusbürokratie. Man kennt man nur eine politische Einbahnstraße. Deshalb will man auch die als Akteure verbrämten Aktivisten in die Schulen holen. Nicht nur für das Abzocken von Staatsgeldern, sondern weil man für die Parteilichkeit dieser Kämpfer gegen RECHTS seine Hände in bürokratischer Unschuld waschen möchte. Ganz im Sinne des sogenannten „Beutelsbacher Konsens“ und seinem Kontroversitätsgebot*. Offiziell will man wohl strittige Positionen im Unterricht behandeln, aber nur, wenn sie im Rahmen der Political Correctness bleiben. Für einen klassischen Marxisten ist das die Unausweichlichkeit des historischen Materialismus. Erich der Rote sagte es volkstümlich: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer.“ Deshalb ist die Blindheit Steinmeiers gegenüber dem Linksextremismus kein persönlicher Mangel, sondern systemimmanent.

Er weiß, dass das brennende Hamburg, die Rigaer Straße in Berlin und die Probleme der Eisenbahnstraße in Leipzig nichts, aber auch gar nichts mit den Werten der Demokratie zu tun haben. Die sind ihm nur wichtig, solange die Richtung stimmt. Wie sagte es der abgedankte König von Sachsen so trefflich: „Ihr seid mer ja scheene Demogradn.“

* Der „Beutelsbacher Konsens“ von 1976 legte drei Prinzipien für den Politikunterricht fest: Überwältigungsverbot, Kontroversität, Schülerorientierung.

MdL Karin Wilke

Ländlichen Raum endlich stärken!

Nach dem Wahldesaster für die Altparteien tun diese so, als hätten sie plötzlich nicht nur den Begriff Heimat wiederentdeckt, sondern wollten nun auch das weitere Ausbluten des ländlichen Raums verhindern. Die AfD-Fraktion muss bei dieser Problematik keine 180-Grad-Wende vollziehen, da für uns Heimat schon immer einen hohen Stellenwert hatte und wir in erster Linie Politik für Sachsens Bürger machen, die „schon länger hier leben“ und nicht für die, „die neu hinzugekommen sind“.

Zahlreiche Anträge belegen, dass die AfD-Fraktion seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag gegen die Abwanderungsgründe der Bürger zwischen Klingenthal und Weißwasser gekämpft hat. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Schulstandorte erhalten bleiben und endlich mehr Lehrer eingestellt werden. Für mehr Innere Sicherheit haben wir den Ausbau der Polizei gefordert, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und die Abschiebung ausländischer Krimineller. Für den Erhalt der ärztlichen Versorgung haben wir uns stark gemacht, genauso wie für die bessere Finanzierung von Vereinen und kulturellem Leben. Zudem haben wir immer wieder den beschleunigten Breitbandausbau beantragt und auch den Erhalt von tausenden Jobs in der Braunkohle und im Maschinenbau gefordert, die von einer fehlgeleiteten Energiewende und unsinnigen Russland-Sanktionen bedroht sind.

Natürlich muss deutlich mehr Geld in die Hand genommen werden, um die zahlreichen Missstände im ländlichen Raum zu beheben. Ein weiteres Kaputt-Sparen von Polizei, medizinischer Versorgung, Schulsystem, Altenpflege, Feuerwehr und



MdL Jörg Urban

Kulturvereinen, wie die CDU es bisher praktiziert hat, darf es nicht geben. Auch eine einseitige Subventionierung von wirtschaftlichen Leuchttürmen in den Ballungszentren muss auf den Prüfstand. Die junge Generation darf Jobs oder Möglichkeiten für Start-Ups nicht nur in den großen Städten finden.

Dennoch will die AfD nicht mit dem Füllhorn flächendeckend mehr Geld über das Land ausschütten, wie die Regierung es seit Jahren tut. Wir wollen prüfen, warum die bisherigen Förderprogramme wenig bis nichts gebracht haben und was die eigentlichen Bedürfnisse der Landbewohner sind. Deshalb haben wir den Antrag für eine sogenannte Enquete-Kommission eingebracht (Drs. 6/11189), die genau diesen Fragen nachgeht.

Die Kommission hätte den entscheidenden Vorteil, dass der ländliche Raum nicht zum Spielball von Parteien-Streit verkommt und für den nächsten Wahlkampf instrumentalisiert wird. Denn: in einer Enquete-Kommission sitzen Vertreter aller Landtags-Parteien sowie zusätzlich externe Experten an einem Tisch. Sachpolitik zum Wohle Sachsens geht hier vor Parteien-Gezänk.

Doch die etablierten Politiker scheinen kein Interesse an wirklicher Veränderung zu haben und lehnten unseren Antrag geschlossen ab. Diese Blockade-Haltung spricht Bände über die Arroganz der Macht, welche die wahren Interessen der Bürger schon längst aus den Augen verloren hat.

MdL Jörg Urban



Pressekonferenz zur Enquete-Kommission



Keine blühenden Landschaften – das ländliche Sachsen

Bombardier bald weg, Siemens auch noch – Görlitz in der

Abwärtsspirale?



Für Görlitz und ganz Ostachsen kommt es gerade knüppeldick. Denn neben den Waggonbauern von Bombardier droht jetzt auch Siemens damit, sein Turbinenwerk dichtzumachen. Der Grund: Die von der CDU überhastet eingeleitete Energiewende und die Russland-Sanktionen haben die Siemens-Division „Power and Gas“ an den Rand des Abgrunds gestoßen. Trotz guter eigener Zahlen ist Görlitz davon betroffen, weil Siemens lieber die zwei kleinen Werke in Sachsen (Leipzig trifft es auch) schließen will, statt an den westdeutschen Standorten zu rütteln.

Durch ein de facto bestehendes Exportverbot von Dampfturbinen für Kohlekraftwerke wollte die Bundesregierung das Klima retten. Sie hat dabei jedoch nur eins erreicht: deutschen Unternehmen und Standorten zu schaden. Im Übrigen sind die deutschen Turbinen von Siemens umweltschonender als jene, die z. B. in China zum Einsatz kommen. Siemens in Görlitz ist dennoch schon einen Schritt weiter und produziert zukunftsfähige, individualisierte und hochinnovative Turbinen. Die Vorgaben der Konzernführung zur Senkung der Produktionskosten wurden dabei ebenfalls in den letzten Jahren immer eingehalten. Görlitz arbeitet profitabel und hat gerade nichts mit den in Mülheim an der Ruhr produzierten Dampfturbinen zu tun, für die es aufgrund einer grotesken Politik keine Nachfrage mehr gibt. Deshalb bleibt es auch völlig unverständlich, warum Siemens gerade Görlitz schließen will.

Vermutlich liegt dies daran, dass die nötige Lobby für unseren Standort fehlt und das Management glaubt, die kompetenten Mitarbeiter würden notfalls in den Westen umziehen, wenn sie dadurch ihren Arbeitsplatz behalten können. Die Fähigkeiten der Mitarbeiter lassen sich allerdings nicht einfach so verpflanzen, weil wir in Görlitz ein eingespieltes und hochmotiviertes Team vom

Konstrukteur bis zum Zerspanungsmechaniker haben. Die Flexibilität und weltweite Kundennähe sind vorbildlich. Man kann Görlitz deshalb nicht für die geleistete, gute Arbeit bestrafen. Das ist absurd.

Das Siemens-Management sollte sich davon vor Ort ein Bild machen und würde dabei schnell merken, dass Görlitz eine gute Zukunft im Konzern haben kann. Eine Werkschließung oder ein Stellenabbau wären zudem zu erklären, weil Siemens im nächsten Jahr weltweit über 30.000 Neueinstellungen vornehmen will – davon 4.000 bis 5.000 in Deutschland. Statt neue Leute irgendwo auf der Welt einzustellen, sollte Siemens aber erst einmal für Görlitz eine Zukunftsgarantie aussprechen. So würde zumindest ein verantwortungsbewusster Konzern agieren, der weiß, was für die einzelnen Mitarbeiter und unsere ganze Region hier auf dem Spiel steht.

Gerade diejenigen deutschen Unternehmen, die wie Siemens in der ersten Liga spielen, haben eine besondere Verantwortung für die Regionen ihrer Standorte. Aus meiner Sicht sollten dem traditionsreichen Konzern daher die eigenen Standorte in Deutschland besonders am Herzen liegen. Allerdings ist mir natürlich klar, dass mittlerweile zwei Drittel der Aktionäre des Unternehmens im Ausland sitzen und nationale Interessen dadurch leider eine immer geringere Rolle spielen.

Die AfD wird diese regionalen und nationalen Interessen dennoch mit aller Kraft verteidigen und den betroffenen Mitarbeitern Gehör verschaffen. Zugleich werden wir niemals die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen vergessen, bei denen kein Hahn kräht, wenn sie Schwierigkeiten haben.

MdL Sebastian Wippel

Applaus, Applaus

CDU ist „Copy&Paste“-Weltmeister!



MdL Sebastian Wippel

„Ich fühl mich hier nicht mehr sicher. Warum tun die nichts?“ Mit diesem Spruch warb vor einiger Zeit die CDU in Nordrhein-Westfalen und wollte sich so als Partei der Inneren Sicherheit profilieren. Wie steht es nun um die sächsische Union? Was macht die? Dass sie „nichts“ tut, wäre ein falscher Vorwurf. Sie macht schon was, nämlich Abschreiben mit reichlicher Verspätung. „Copy&Paste“, von der AfD kopieren und dann bei der eigenen Agenda einfügen und bei der Presse als eigene Idee verkaufen – das kann niemand so gut wie die CDU. Da sind sie weltmeisterlich.

Beispiel gefällig? Am 28. September 2015 beantragte die AfD im Landtag, die Prognose-Software PRECOBS zur Minimierung von Wohnungseinbrüchen zu beschaffen. Diese Technik bestimmt mit erstaunlich hoher Genauigkeit, wo es in Kürze zu Wohnungseinbrüchen kommen kann. Das Ziel: Die Polizei soll wiederkehrende Handlungsmuster von Straftätern erkennen und sie am besten schon festnehmen, bevor sie in das nächste Haus eingestiegen sind. In Bayern und anderen Gegenden, wo die Software bereits zum Einsatz kommt, sind so die Einbrüche um bis zu 50 Prozent zurückgegangen.

Warum also nicht auch in Sachsen dieses Werkzeug einsetzen? Fragen Sie das mal die etablierten Parteien – inklusive der CDU, die PRECOBS 2015 alle im Landtag



Bodycam

Fortsetzung von Seite 6

ablehnten, weil der Antrag dazu von der AfD kam. Es dauerte jedoch nur ein paar Monate (bis Mai 2016), da munkelte man auf einmal, Innenminister Ulbig erwäge nun doch, die Prognose-Software einzuführen.

Eineinhalb Jahre nach diesen ersten Gerüchten ist aber immer noch nichts geschehen. Es steht weiterhin nicht fest, welche Software zum Einsatz kommt, berichtete die „Freie Presse“ Anfang November 2017. Im Klartext: Mit der gestohlenen AfD-Idee geht es im Schneckentempo voran. Die CDU ist mindestens zwei Jahre langsamer als wir, was Sie – liebe Bürger – ausbaden müssen, denn die Einbrecher laufen ja bis heute frei da draußen herum. Wenn Sie jetzt denken, dies sei ein Einzelfall, wo halt mal was bei dieser Regierung schiefgelaufen ist, irren Sie sich gewaltig. Beim Stopp des Personalabbaus bei der Polizei, bei den Bodycams für unsere Beamten in brenzligen Einsätzen sowie der Erkennung der islamistischen Gefahr lief das ganz genauso. Die AfD bringt sachliche Anträge ins Parlament ein. Die etablierten Parteien lehnen ab und wenig später auf einmal kupfern sie ab, schmücken sich mit unseren Federn, aber beschimpfen uns und die stolzen Sachsen weiter als „Rechtspopulisten“.

Wir sind sicher, dass Sie diese plumpe Taktik durchschauen können. Deshalb bleiben wir auch ganz gelassen: Wer sich mit fremden Federn schmückt, muß zur Strafe irgendwann Federn lassen. 2019 wird es soweit sein, liebe Freunde von der CDU!
MdL Sebastian Wippel

Sächsische Handwerkskammer

stimmt zu 100 Prozent mit AfD-Politik überein!



MdL Mario Beger, selbst Fliesenleger-Meister

Mitte November lädt die Handwerkskammer traditionell zur Pressekonferenz ein, um einen Jahresrückblick zum Handwerk vorzustellen. Roland Ermer (CDU), Präsident des Sächsischen Handwerkstages, stellte dabei Forderungen an eine künftige Bundesregierung, die zu 100 Prozent mit denen der AfD-Fraktion übereinstimmen.

„Ermer muss sich in seiner CDU ziemlich verloren vorkommen“, kommentiert Mario Beger, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. „Alle Forderungen der Handwerkskammer hat die AfD-Fraktion längst in den Landtag eingebracht und die Altparteien, darunter auch die CDU, haben diese Anträge immer einstimmig abgelehnt. Dabei hat Ermer vollkommen Recht: Das Handwerk in Sachsen und in ganz Deutschland kämpft mit vielen Problemen, die dringend angepackt werden müssen!“ Hier die Haupt-Forderungen der Handwerkskammer sowie die entsprechenden Anträge der AfD-Fraktion:

1. Der Meistertitel muss wieder gestärkt und finanziell mit einem echten Meisterbonus gefördert werden! Die derzeitige im sächsischen Haushalt verankerte Unkostendeckungspauschale ist unzureichend. (Drs. 6/7565)
2. Die Dieseldebatte muss offen geführt werden! Fahrverbote und die Abschaffung des Dieselprivilegs oder Dieserverbotzonen treffen die Betriebsfahrzeuge unserer sächsischen Handwerker besonders schwer. (Drs. 6/10516)
3. Die Vorfälligkeit für Sozialabgaben ist nicht zeitgemäß und daher abzuschaffen! Sie belastet die Handwerksbetriebe durch Liquiditätsentzug und Bürokratie-Mehraufwand. (Drs. 6/5136)
4. Die Energiewende ist fehlgeleitet! Sie treibt die Strompreise unnötig in die Höhe. (Drs. 6/10715)
5. Der Breitbandausbau muss weiter vorangetrieben werden! Sonst können auch gute Handwerksbetriebe schnell vom Markt verdrängt werden. (Drs. 6/9302, 6/9923)
6. Die Akademikerschwemme ist zu beenden! Es müssen nicht über die Hälfte aller Schulabgänger an der Universität z. T. brotlose Fächer studieren. Das Handwerk sucht händeringend gute Schulabgänger. Das duale Ausbildungssystem muss gestärkt und ausgebaut werden. (Drs. 6/6607)

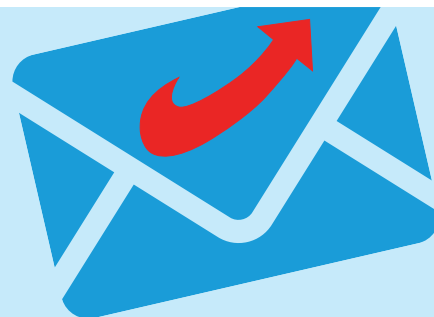
„Wie lange will sich der Handwerkskammer-Chef noch in der CDU herumärtern?“, fragt sich Mario Beger angesichts dieses Forderungs-Katalogs. „Zumal die Bürger längst begriffen haben, dass es mit dieser CDU keine Fortschritte geben wird. Folgerichtig hat Ermer auch das Direktmandat zur Bundestagswahl im Kreis Bautzen an den AfD-Kandidaten Karsten Hilse verloren.“
MdL Mario Beger

Blaue Wochenschau – Die Woche im Rückblick.

Jeden Freitagabend auf unserer Facebook-Seite und in youtube.



Der Blaue Brief



Lindner und die chamäleonartige Leitstrukturoptimierung seines Ichs

Ist FDP-Chef Lindner so etwas wie ein politischer Held, ein wahrer Charakter-Recke, dem das Wohl des deutschen Vaterlandes so sehr am Herzen liegt, dass er generös auf Ministerposten, Staatssekretäre und ein eigenes Ministerium in Berlin verzichtete? Nur, weil er sich nicht in eine Regierung pressen lassen wollte, für die es noch immer selbstverständlich zu sein scheint, weitere hunderttausend – wenn nicht Millionen – zumeist muslimische „Gäste“ und „Wohlstandsreisende“ mit dem wohl weltbesten Sozialsystem, finanziert vom deutschen Steuerzahler, zu beglücken?

Schauen wir uns die ganze Sache doch einmal etwas näher an: Im Wahlkampf versprach Lindner, gegen den Euro-Rettungsschirm zu politisieren. Der Familiennachzug sollte nicht stattfinden und das Maas-Zensusgesetz sollte ebenso weg, wie die Zuwanderungsbegrenzung her sollte. Eine große Steuer-

reform sollte kommen und dazu noch ein Untersuchungsausschuss gegen Merkel eingesetzt werden. Klingt alles toll, nicht wahr? Hätte auch von der AfD sein können. Immerhin regiert Merkel seit mehreren Jahren im Stile eines Präsidialregimes am Parlament vorbei. Die Grenzöffnung im Alleingang beweist das – oder auch die Außer-Kraft-Setzungen von „Schengen“ und „Dublin“. Lindner tat so, als habe er Herz und Verstand für Deutschland. Das tat er genau solange, bis er am Verhandlungstisch Platz nehmen durfte. Die Verwandlung, die nun folgte und acht lange Wochen dauerte, kann man mit einer Szene vergleichen, die sich so abspielt: Man sitzt gemütlich in einer abgedunkelten Bar. Mit einem Mal geht grelles Licht an, der Kellner kommt und wischt mit einem großen Lappen alles vom Tisch, was vorher drauf war. So wie Lindner die Wahlkampf-Themen der FDP wegwischte, die auf diesem

gelben Tisch lagen. Sogar der Familiennachzug sollte plötzlich mit Gnaden der verwandelten Partei möglich sein.

Und dann – Peng! – verließ Lindner den Verhandlungstisch, wie AfD-Weidel das ZDF-Studio. Für dieses politische Pendel-Verhalten gibt es zwei mögliche Erklärungen: Entweder hat dem Porsche-Fahrer die entsetzte Basis während der Verhandlungen dermaßen zugesetzt, dass er von seinem Plan abwich, so viel Ministerposten wie möglich zu besetzen und kapitulierte aus Angst vor den eigenen Mitgliedern oder er vollendete einen bereits vorher festgelegten Plan des kalkulierten Scheiterns, um sich hernach als unbeugsamer Held feiern zu lassen. Lindner ist aber kein Held, sondern offensichtlich ein berechnender Polit-Opportunist aus der Gattung der chamäleonartigen mit festem Ziel der Leitstrukturoptimierung des eigenen Ichs. *Albrecht Andreas Harlaß*

Hinweis:

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: www.blaue-post.de



Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie im wöchentlich erscheinenden Web-Magazin „AfD Sachsen Aktuell“, erhältlich über www.afdsachsen.de.

Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

Folgen Sie uns auch bei:



AfD-Fraktion Facebook
<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen>



AfD-Fraktion Twitter
https://twitter.com/AfD_SLT



AfD-Fraktion YouTube (Landesverband)
<http://bit.ly/1L9Tb1f>

www.afd-fraktion-sachsen.de

Impressum

Blaue Post Nr. 11
Dezember 2017

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 - 493-4222
presse@afd-fraktion-sachsen.de
info@afd-fraktion-sachsen.de

Redaktion:

Albrecht Andreas Harlaß

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Albrecht Andreas Harlaß

Auflage: 40.000

Erscheinungsweise: Quartalsweise

Fotonachweise:

Fraktion: S.1, S.2, S.3, S4 (oben und links),
S. 6 (oben und rechts), S. 7 (Mitte und rechts)
Privat: S. 5 (rechts), S. 6 (Mitte), S. 7 (links)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck

von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt

dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.